

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Burkard Dregger (CDU)

vom 20. November 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 22. November 2024)

zum Thema:

Antisemitismus und jüdische Sportvereine

und **Antwort** vom 6. Dezember 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 10. Dezember 2024)

Herrn Abgeordneten Burkard Dregger (CDU)

über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/20936
vom 20. November 2024
über Antisemitismus und jüdische Sportvereine

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Nach einer Meldung des Deutschen Olympischen Sportbundes soll es am 7. November 2024 zu schwerwiegenden antisemitischen Vorfällen im Rahmen des Fußballspieles der Nachwuchsmannschaften der B-Jugend von TuS Makkabi und DJK SW Neukölln II gekommen sein (<https://www.dosb.de/sonderseiten/news/news-detail/news/makkabi-deutschland-prangert-fortlaufende-welle-antisemitischer-attacken-im-sport-an>).

1. Wie beurteilt der Senat diesen Vorfall und geht er insbesondere von einem Einzelfall aus oder sind nach den Erkenntnissen des Senats Wiederholungen zu befürchten?

Zu 1.:

Die Ermittlungen des Polizeilichen Staatsschutzes des Landeskriminalamtes (LKA) Berlin zum Sachverhalt dauern an. Die Polizei Berlin hat den Sachverhalt jedoch in die Beurteilung der Sicherheitslage und die Ableitung von Maßnahmen mit einfließen lassen. Weitergehende Erkenntnisse liegen dem Senat derzeit nicht vor.

2. Wie begegnet der Senat der Gefahr derartiger antisemitischer Vorfälle in Bezug auf Sicherheitsmaßnahmen, wenn die Ereignisse - wie am 7. November 2024 geschehen – jederzeit und unvorhergesehen auftreten können?

Zu 2.:

Der Senat geht nach Erkenntnissen der Polizei Berlin allgemein von einer erhöhten abstrakten Gefährdung für jüdische Objekte und Einrichtungen aus – bislang ohne Hinweise auf das Vorliegen einer konkreten Bedrohungslage. Die Polizei Berlin erhebt fortwährend die dahingehende Sicherheitslage, analysiert anlassbezogen und einzelfallabhängig personen- bzw. gruppenbezogene Gefährdungssituationen und trifft

die entsprechend notwendigen gefahrenabwehrrechtlichen Maßnahmen. Der örtlich zuständige Polizeiabschnitt flankiert dies, steht regelmäßig mit den Verantwortlichen des TuS Makkabi Berlin in Kontakt und pflegt einen kontinuierlichen Austausch.

Vor dem Anschlag der Terrorgruppe Hamas auf den Staat Israel am 7. Oktober 2023 erfolgten Maßnahmen der Polizei Berlin im Zusammenhang mit Spiel- und Trainingszeiten des Vereins TuS Makkabi Berlin ausschließlich lageabhängig – insbesondere dann, wenn konkrete Hinweise auf mögliche Störungen vorlagen. Im Zeitraum vom 11. Oktober 2023 bis zum 15. März 2024 wurden durch die Polizei Berlin Schutzmaßnahmen während der Spiel- und Trainingszeiten durchgeführt. Unmittelbar nach Bekanntwerden der Vorwürfe bzgl. des Spielbetriebs am 7. November 2024 gewährleistete die Polizei Berlin bis einschließlich 18. November 2024 bei allen Spielen des TuS Makkabi Berlin polizeiliche Präsenz und Verbindungsaufnahmen zu den jeweiligen Verantwortlichen des TuS Makkabi Berlin.

Aktuell erfolgen die polizeilichen Präsenzmaßnahmen im Zusammenhang mit den Spielen des TuS Makkabi Berlin auf Grundlage einer anlassbezogenen Bewertung unter Berücksichtigung der einzelfallbezogenen Beurteilung der Sicherheitslage.

3. Wie viele und welche Vorfälle mit antisemitischem Bezug sind seit dem Massaker der Terrororganisation Hamas in Israel am 7. Oktober 2023 gegen hiesige jüdische Sportvereine und deren Mitglieder registriert worden (bitte getrennt nach der Jahreszahl, den Delikt- oder Vorfallsarten, der Anzahl der beteiligten Täter und den Bezirken insgesamt)?

Zu 3.:

Dem Senat ist der Sachverhalt zur Frage 1. bekannt. Weitere im Sinne der Fragestellung aufgeschlüsselte Daten sind nicht im automatisierten Verfahren der Polizei Berlin recherchierbar. Im Allgemeinen wird auf den Bericht zur Politisch motivierten Kriminalität der Polizei Berlin verwiesen.

4. Wie beurteilt der Senat die Sicherheitslage für jüdische Sportvereine und ihre Mitglieder und ihre Aktivitäten insbesondere seit dem 7. Oktober 2023?

Zu 4.:

Der Senat geht nach Erkenntnissen der Polizei Berlin allgemein von einer erhöhten abstrakten Gefährdung für jüdische Objekte und Einrichtungen aus – bislang ohne Hinweise auf das Vorliegen einer konkreten Bedrohungslage.

5. Werden ausreichend Maßnahmen ergriffen, um den Schutz jüdischer Sportvereine sicherzustellen?

Zu 5.:

Der Schutz jüdischen und israelischen Lebens genießt in Berlin höchste Priorität – auch wenn aktuelle Gefährdungsbewertungen keine konkreten Hinweise auf eine gezielte Gefährdung darlegen. Dazu gehört auch das Gewährleisten des Schutzes jüdischer

Sportvereine wie TuS Makkabi Berlin durch umfangreiche Schutzmaßnahmen der Polizei Berlin, welche wiederkehrend evaluiert und auf Grundlage einer Bewertung der Sicherheitslage angepasst werden. Im Übrigen siehe Beantwortung zu Frage 2.

6. Wie wird der direkte Austausch zwischen jüdischen Sportvereinen und den Sicherheitsbehörden sichergestellt?
7. Gibt es feste Ansprechpartner und regelmäßige Absprachen für jüdische Sportvereine bei der Polizei und der Senatsverwaltung?

Zu 6. und 7.:

Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport lädt die jüdischen Gemeinden sowie die Vertretenden der zivilen Gesellschaft regelmäßig zu allen aktuellen Vorkommnissen antisemitischer Gewalt und den damit verbundenen Sicherheitsfragen zum Runden Tisch gegen antisemitische Gewalt (RTaG) ein. Mit dem Runden Tisch wurde ein zentrales Gremium geschaffen, das einen offenen und direkten Austausch ermöglicht und sich zu einem anerkannten und vorbildhaften Gremium im Arbeitsfeld Sicherheit entwickelt hat. Für die nächste Sitzung ist die Teilnahme Vertretender von TuS Makkabi vorgesehen. Auch außerhalb der turnusmäßigen Sitzungen erfolgt einzelfallbezogen eine Unterrichtung der Mitglieder.

Darüber hinaus pflegt die Polizei Berlin regelmäßigen Kontakt zu den Verantwortlichen der in Berlin ansässigen jüdischen Sportvereine und geht damit initiativ auf die Bedarfe und Anliegen der Vereine ein. Die Polizeidirektion 2 (West), die raumverantwortlichen Polizeiabschnitte und die Direktion Zentrale Sonderdienste (Dir ZeSo) stehen in direktem Austausch mit den Sicherheitsbeauftragten der Vereine und sind für diese zugleich feste Ansprechstellen. Mit dem Vorstand des TuS Makkabi Berlin erfolgten zuletzt initiativ mehrere Gespräche, in denen die aktuelle Sicherheitslage und Maßnahmen erörtert wurden.

Der Senat wird den Kommunikationsprozess kontinuierlich fortsetzen und unterstützen.

8. Hat der Senat Erkenntnisse darüber, ob sich jüdische Sportvereine ausreichend geschützt fühlen und zufrieden sind mit der Kommunikation zwischen ihren Funktionären und den Sicherheitsbehörden und ggfs. was gedenkt der Senat zu unternehmen, um die Kommunikation zu verbessern?

Zu 8.:

Laut Rückmeldungen des TuS Makkabi Berlin zeigt sich der Verein zufrieden mit der Unterstützung durch den Senat und die Polizei Berlin. Die Verantwortlichen bedankten sich ausdrücklich für die polizeiliche Präsenz am Ort.

9. Gerade im Fußball wird immer wieder über antisemitische Vorfälle berichtet.

- a) Welche präventiven und pro-aktiven Maßnahmen ergreift der Senat im Fußballbereich, um Antisemitismus bei Jugendlichen und Erwachsenen entgegenzuwirken?

- b) Gibt es hierzu eine Zusammenarbeit mit dem Berliner Fußballbund und allen Vereinen?
- c) Steht dem Senat ausreichend Expertise im Bereich der Antisemitismusprävention und -bekämpfung zur Verfügung?
- d) Oder gibt es zusätzliche Kooperationen mit spezialisierten Stellen für Antisemitismusbekämpfung und wenn ja welcher Art?

Zu 9a. – d.:

Der Senat bekämpft den Antisemitismus konsequent und hat daher bereits im August 2020 die Stelle eines Ansprechpartners des Landes Berlin zu Antisemitismus eingerichtet. Das Amt wird bekleidet von Herrn Prof. Dr. Samuel Salzborn. Der Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus arbeitet vertrauensvoll mit der jüdischen Gemeinde und mit Organisationen der Antisemitismusprävention zusammen und stellt sicher, dass deren Anliegen in der Berliner Verwaltung berücksichtigt werden. Betroffenen antisemitischer Diskriminierung hilft der Ansprechpartner, eine passende Beratungsstelle zu finden. Zu den weiteren Aufgaben der Stelle gehören die Zusammenarbeit mit den Antisemitismusbeauftragten auf Bundes- und Landesebene, die Weiterentwicklung des Landeskongzeptes sowie die Leitung eines Fachkreises zu Antisemitismus.

Mit dem Projekt „FAIReint“ fördert der Senat einen ganzheitlich ausgerichteten Gewaltpräventionsansatz im Berliner Fußball-Verband (BFV). Teil dieses Projektes ist unter anderem die Aktion „Kein Platz für Rassismus/Antisemitismus“, in deren Rahmen sich Berliner Fußballvereine klar gegen jede Form der Diskriminierung positionieren können. Der BFV möchte dadurch diskriminierende Handlungen im Fußball reduzieren und Zivilcourage stärken. Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport nimmt als beratendes Mitglied im Ausschuss für Gesellschaftliche Verantwortung des BFV teil. Darüber hinaus findet ein enger Austausch zwischen dem BFV, der Senatsverwaltung für Inneres und Sport und TuS Makkabi Berlin e. V. statt.

Die Polizei Berlin tauscht sich regelmäßig mit den Verantwortlichen der in Berlin ansässigen Fußballvereine aus – auch um initiativ auf die Bedarfe und Anliegen der Vereine einzugehen und um Hasskriminalität sowie Demokratiefeindlichkeit entgegenzuwirken. Über die bereits genannten polizeilichen Maßnahmen und Austauschformate hinaus wird durch den Antisemitismusbeauftragten der Polizei Berlin seit dessen Amtseinführung im August 2019 aktive Netzwerkarbeit für eine gebündelte Expertise und einen fachlichen Austausch zu präventiven und repressiven polizeilichen Maßnahmen, zu Ursachen, Erscheinungsformen, Auswirkungen und Verfolgungsmöglichkeiten von Antisemitismus betrieben.

Die Polizei Berlin steht u. a. mit der Zentrastelle Hasskriminalität im Polizeilichen Staatsschutz und der seit Oktober 2023 eingerichteten Besonderen Aufbauorganisation Nahost im Dezernat 52 des Landeskriminalamtes Berlin sowie dem Antisemitismusbeauftragten der Polizei Berlin im engen Austausch mit dem Antisemitismusbeauftragten der Staatsanwaltschaft Berlin und der Zentralstelle Hasskriminalität der Staatsanwaltschaft Berlin.

Zudem besteht ein regelmäßiger Austausch mit den thematisch befassten Beauftragten des Landes, mit Nichtregierungsorganisationen und jüdischen Organisationen und Gemeinden, um Präventions- und Fortbildungsformate umzusetzen und zu fördern.

10. Wie bewertet der Senat vor dem Hintergrund der antisemitischen Angriffe in Amsterdam die Sicherheitslage seit dem 7. Oktober 2023, wenn israelische Sportmannschaften in Berlin zu Gast sind?

Zu 10.:

Die Vorfälle in Amsterdam, bei denen es am 7. November 2024 im Umfeld der UEFA-Europa-League-Begegnung zwischen Ajax Amsterdam und Maccabi Haifa zu körperlichen Auseinandersetzungen und gezielten Angriffen auf israelische Fans kam, wurden in diversen Medienformaten thematisiert und identisch zu anderen internationalen Ereignissen in die Bewertung der Sicherheitslage im Land Berlin mit aufgenommen.

Die Einschätzung und Bewertung der Sicherheitslage zum EuroLeague Basketballspiel ALBA Berlin gegen Maccabi Tel Aviv am 28. November 2024 in der Uber-Arena führte zu umfangreichen polizeilichen Sicherheitsvorkehrungen. Dazu zählten weiträumige Absperungen rund um das und im Hotel der israelischen Gastmannschaft beziehungsweise rund um die Uber-Arena, auch in Form einer Allgemeinverfügung. Darüber hinaus wurde in einem begrenzten Bereich des Stadtteils Friedrichshain eine Allgemeinverfügung „Messerverbot“ erlassen.

Künftige Sportereignisse unter Beteiligung israelischer Sportmannschaften in Berlin unterliegen anlassbezogen erneut einer individuellen Analyse der Sicherheitslage und erfahren einen eigenen Planungs- und Entscheidungsprozess bei der Polizei Berlin.

Berlin, den 6. Dezember 2024

In Vertretung

Christian Hochgrebe
Senatsverwaltung für Inneres und Sport